

Änderungsanträge zum Antrag „Liberale Positionsbestimmung“

Antragsteller: Oliver Fink, Constantin Papaspyratos

Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

1. Ersetze ab Zeile 19 hinter "[...] sichtbar." bis Zeile 25 einschließlich:

Eine liberale Handschrift in der Regierungspolitik war allenfalls und rudimentär im Bereich der Bürgerrechte erkennbar. Über die Bereiche der Justizpolitik hinaus hat es die FDP aber versäumt, als Rechtsstaatspartei erkennbar zu sein, deren höchster Grundsatz die individuelle Freiheit ist. Hingegen machen wir seit den 70er Jahren fortlaufend Zugeständnisse an das autoritär-obrigkeitsstaatliche Gleichheitsdenken. Diese Zugeständnisse sind auch die Ursache dafür, dass wir uns nicht trauen, eine Gesellschaft der individuellen Freiheit zu fordern und es als regierungstragende Partei entsprechend unterlassen zu haben, dahingehend zu handeln: Weder in der Wirtschafts- noch der Sozialpolitik war erkennbar, dass die FDP zunächst auf die Eigenverantwortung des selbständigen, selbstbewussten Bürgers setzt und bevormundende, obrigkeitsstaatliche Eingriffe des Staates ablehnt. In der Steuerpolitik scheint sich die Partei erst in der Regierung überhaupt Gedanken über die Erfordernisse der geforderten Steuersenkungen gemacht zu haben, die plötzlich und überraschend nicht mehr erwünscht gewesen sind. Anstrengungen, das Steuerrecht dann wenigstens noch einfacher und gerechter zu gestalten, blieben völlig aus. So entstand das Bild einer FDP ohne Gestaltungswillen, die nicht den Mut hat, sich zu Ihren Überzeugungen zu bekennen und lediglich als Anhängsel der CDU wahrgenommen wurde und deren programmatische Hinwendung zu SPD und Grünen widerstandslos nachvollzog. So verblieb in Ermangelung eigener, liberaler Werte als Wahlkampfbotschaft lediglich die sinnfreie Aussage, dass zur Fortsetzung der Kanzlerschaft Angela Merkels die FDP gewählt werden müsse.

2. Ersetze in Zeile 27 nach "[...] macht:" bis Zeile 28 vor "Erforderlich [...]":

Liberalismus ist kein Wohlfühlprogramm, das durch Heilsversprechungen und Ankündigung von Wohltaten zunächst große Sympathie erzeugt. Die FDP sollte deshalb auch nicht darauf setzen, sondern sich wieder auf die liberalen Werte besinnen und diese glaubwürdig vertreten. Erlangt sie dabei politische Verlässlichkeit zurück, kann sie beim Bürger erneut Vertrauen in ihre politische Gestaltungskraft gewinnen.

3. Ersetze ab Zeile 37 nach "[...] möglich, " bis Zeile 43 einschließlich:

aber eben auch einen liberalen Rechtsstaat. Ein liberaler Rechtsstaat ist auf seine Kernaufgaben beschränkt, die er allerdings dann auch erfüllt. Dazu setzt er einen rechtlichen Rahmen, der die individuelle Freiheit eines jeden Menschen in dem

Maße schützt und sicherstellt, soweit sie nicht die Freiheit anderer einschränkt. Dazu gehören aus Sicht der FDP in liberaler Tradition das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Privateigentum, Vertragsfreiheit, Kapitalverkehrsfreiheit, Gewerbefreiheit, allerdings ebenso die Freiheit von Diskriminierung, die Autonomie der Familie, Religions- und Gewissensfreiheit sowie das Recht auf Privatheit. Individuelle Freiheit bedeutet damit für uns konkret, dass jeder Mensch - solange er nicht in die Freiheit anderer eingreift - eigenständig über seine Lebensführung zu entscheiden hat, ohne dass er sich für sein Handeln rechtfertigen muss. Der Staat darf keine Glücks- und Wohlfahrtsvorstellungen per Gesetz – und das heißt per Zwang – durchsetzen oder fördern. Der Staat hat lediglich dafür zu sorgen, dass die Glücks- und Wohlfahrtsvorstellungen der Menschen friedlich nebeneinander bestehen können. Glücks- und Wohlfahrtsvorstellungen sind ausschließlich individuelle Lebensentwürfe. Es ist hingegen nicht die Aufgabe des Staates, eine ideologische Erziehung der Bürger zu betreiben oder bestimmte Familien- und Lebensformen zu fördern oder zu benachteiligen. Kein Mensch, keine Gruppe, keine noch so demokratisch gewählte Mehrheit und auch kein Staat haben deshalb das Recht, Menschen zu zwingen, auf eine bestimmte Art und Weise glücklich zu sein.

4. Ergänze in Zeile 45 vor "Die [...]":

Für Liberale muss es die oberste Aufgabe sein, die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze und den Schutz der individuellen Freiheit in allen Politikbereichen anzumahnen, einzuklagen und wiederherzustellen.

5. Ersetze in Zeile 45:

Den Halbsatz „Die FDP ist die Partei des Rechtsstaats“ durch „Die FDP ist damit die Partei des liberalen Rechtsstaats“

6. Ersetze in Zeile 57 nach "[...] Überwachung." bis Zeile 58 einschließlich:

Dabei werden wir sicherstellen, dass die Prinzipien des Rechtsstaats in allen Bereichen Anwendung finden und durchgesetzt werden. Das gilt auch für die so genannte "virtuelle Welt" der weltweiten Datenkommunikation.

7. Ersetze in Zeile 65 nach "[...] Selbstbestimmung." bis einschließlich Zeile 69:

Die FDP muss sich den aktuell mehrheitsfähigen, freiheitsfeindlichen Politikentwürfen entgegenstellen. Denn die individuelle Freiheit für die Bürgerinnen und Bürger, die gleiche Freiheit für alle – und damit das gleiche Recht für alle – bleiben dabei ansonsten auf der Strecke. Jeder Eingriff in die Freiheiten des Bürgers muss wohlbegründet und eng beschränkt bleiben. Das gilt insbesondere für die beinahe religiös ausgeprägten Bereiche des so genannten "Klimaschutzes", der Ernährung und der Ausgestaltung der privaten Lebensentwürfe. Ein freier Bürger ist insbesondere vor dem unberechtigten Anspruch des Staates zu schützen, der Bürger müsse in bestimmten Fällen vor sich selbst geschützt werden.

8. Ersetze in Zeile 71 „soziale Marktwirtschaft“ durch „eine marktwirtschaftliche Ordnung“.

9. Füge in Zeile 71 vor "Privateigentum, [...]" ein:

Rechtsstaatlichkeit, [...]

10. Ergänze in Zeile 74 nach "[...] Beschäftigung":

„sowie für einen Sozialstaat, der das sozioökonomische Existenzminimum sicherstellt“

11. Ersetze Zeile 76 bis Zeile 86 einschließlich:

In keinem anderen Wirtschaftssystem kann der einzelne sich so frei entfalten wie in einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Das Recht auf freie Berufswahl, den eigenen Lebensstil und die freie Gestaltung des Familien- und Privatlebens, der Werteentscheidungen und Konsumgewohnheiten sowie des räumlichen Lebensmittelpunktes ist in einer Staatswirtschaft nicht möglich. Weltweit – von Kuba bis Nordkorea – können wir feststellen: Armut ist nicht die Folge von Marktwirtschaft, sondern ihrer Abwesenheit. Wo keine auf Rechtssicherheit und Eigentum bestehende Marktordnung herrscht, dort herrscht Rückständigkeit und Elend.

Voraussetzung einer marktwirtschaftlichen Ordnung sind freie und offene Märkte ohne Diskriminierung. Durch den gesetzten Rechtsrahmen sichert der Staat dabei, dass keine Freiheit auf Kosten der Einschränkung der Freiheit anderer genutzt wird. Die FDP stellt dabei sicher, dass die marktwirtschaftlichen Prinzipien gewahrt bleiben. Eine Überwälzung von privaten Risiken auf den Steuerzahler, wie sie zurzeit im Bereich der Bankenrettung praktiziert wird, lehnen wir ab. Unternehmen, die aufgrund von Fehleinschätzungen am Markt nicht bestehen können, müssen scheitern können, um Platz für wirtschaftlich gesunde Unternehmen mit sicheren Arbeitsplätzen zu schaffen. Im Falle der so genannten "Systemrelevanz" handelt es sich nicht um "Marktversagen", sondern um Staats- und Politikversagen: Ursache der die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 auslösenden Subprime-Kredite waren gesetzliche Vorgaben der US-Regierung, Menschen ohne nötiges Eigenkapital unter Ausschluss einer banküblichen Risikobewertung die Kreditfinanzierung von Eigenheimen zu ermöglichen. In wesentlichem Maße betroffen durch die Krise waren dann Staatsunternehmen wie die US-amerikanischen Hypothekenfinanzierer Fanny Mae und Freddie Mac oder in Deutschland die Landesbanken. Verstärkt wurde die Krise durch eine vornehmlich politisch motivierte Geldpolitik der US-Notenbank Fed. Eine vergleichbare Entwicklung erleben wir aktuell in der Eurozone. Durch das niedrige Zinsniveau wird faktisch Geld von der EZB an die Banken verschenkt. Dieses konnten die Banken in hochverzinsten, südeuropäische Staatsanleihen "investieren". Damit ist die Staatsschuldenkrise im Euroraum verschärft worden. Gleichzeitig können Banken die Risiken dieser "Investitionen" auf die Steuerzahler überwälzen. Diese Sabotage marktwirtschaftlicher Prinzipien muss eine liberale Politik für die Zukunft ausschließen. Risiko und Haftung müssen wieder zusammengeführt werden. Die ökonomisch und sozialpolitisch verheerenden Zins-Experimente der EZB und die dadurch stimulierten Investitionsblasen müssen perspektivisch durch eine Ablösung des Zentralbank-Monopols beendet werden.

12. Ersetze Zeile 88 bis 117 einschließlich:

Wir Liberale stehen für eine Zukunft Deutschlands in einem freien, geeinten Europa. Denn die Bestrebungen zur Einigung Europas waren zunächst Stabilisator für Frieden auf unserem Kontinent, sind heute Basis unseres Wohlstands und sichern uns in einer globalisierten Welt eine hörbare und gewichtige Stimme. Die Grundlage des Friedens in Europa ist die Freiheit. Die europäische Freiheitsidee ist aus der Vielgestaltigkeit Europas entstanden. Diese Vielgestaltigkeit Europas hat fünf Pfeiler hervorgebracht, die das Europäische Haus tragen:

- die Ablehnung der Allein- und Fremdherrschaft
- die Machtbegrenzung und Machtkontrolle
- die Gewaltenteilung
- die Idee der individuellen Freiheit und
- die Herrschaft des Rechts

Der friedliche Wettbewerb der verschiedenen Nationen in Europa um wirtschaftliche, gesellschaftliche, soziale und kulturelle Fortschritte macht den Reichtum unseres Kontinents aus. Versuche, unterschiedliche Nationen nur in Teilen Europas gegen den Willen der Beteiligten zusammenzuzwingen, haben verheerende blutige Auseinandersetzungen hervorgerufen – sei es beispielsweise in Nordirland oder in Jugoslawien. Deshalb lehnt die FDP die Schaffung eines europäischen Superstaates gegen den Willen der Bevölkerung ab. Voraussetzung dafür wären aus unserer Sicht, erfolgreiche Volksabstimmungen in allen beteiligten Staaten sowie die Schaffung von Austrittsoptionen.

Ziel der FDP kann ein solcher Superstaat nicht sein. Wir setzen vielmehr auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Kooperation zwischen den europäischen Staaten. Aufgabe der Europäischen Union ist es, dafür einen rechtlichen Rahmen zu schaffen und im Sinne der Subsidiarität möglichst viele Entscheidungen national oder regional treffen zu lassen. Die ausufernde Bürokratie und Regelungswut der EU wollen wir zurückdrängen, die demokratischen und rechtsstaatlichen Defizite der EU müssen behoben werden. Dazu gehören die Umsetzung der Gewaltenteilung und damit eine starke Beschneidung der Kompetenzen der EU-Kommission sowie die Stärkung der Parlamentsrechte.

Die FDP ist davon überzeugt, dass der Euro nicht gegen wirtschaftliche Gesetze stabilisiert und erhalten werden kann. Insbesondere setzen wir uns dafür ein, dass in diesem Zusammenhang Verträge und Gesetze eingehalten werden. Dasselbe gilt für Zusagen, die den Bürgern gemacht wurden. Einer dieser Verträge regelt, dass kein Staat für die Schulden eines anderen Staates einstehen darf. Eine dieser Zusagen war, dass Deutschland nicht für die Risiken der Schuldenpolitik anderer Staaten einstehen wird. Staaten, die innerhalb des rechtlichen Rahmens nicht im Euroraum bestehen können, müssen aus der Währung ausscheiden dürfen. Dabei bedürfen sie unserer Hilfe. Europäische Solidarität bedeutet für uns, dass wir unseren Partnern bei der Bewältigung ihrer Probleme helfen, nicht jedoch, dass wir sie zu unseren machen. Europäische Solidarität bedeutet für uns allerdings auch, dass deutsche Bürger den Bürgern in anderen europäischen Staaten helfen und nicht mit ihrem Geld dafür sorgen, die Folgen einer falschen Risikoabwägung von Großbanken zu übernehmen. Bisher hat die so genannte "Euro-Rettung" zu Hass und Verachtung zwischen den Bürgern der Geber- und Empfängerstaaten geführt, der friedlichen Einheit Europas mehr geschadet als gedient.

Für Liberale ist es darüber hinaus nicht inakzeptabel, dass als Mittel der Krisenbewältigung Organisationen geschaffen werden, die demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien widersprechen. Organisationen, die sich der demokratischen Kontrolle entziehen und sich selbst, ihre Mitarbeiter und ihre Räumlichkeiten durch vollständige Immunität dem Rechtsstaat entziehen, dürfen keine Zustimmung durch die FDP erfahren. Wir stehen für eine demokratische Zukunft Europas, nicht für den Rückfall des Kontinents in autokratische Zeiten.

13. Ersetze Zeile 119 bis 128 durch:

Für uns Liberale ist es ein ebenfalls ein Gebot der Rechtsstaatlichkeit, dass wir hilfsbedürftige Menschen materiell und ideell unterstützen. Die FDP lässt den Einzelnen zwar in Ruhe, aber sie lässt ihn nicht im Stich: Sie hilft zielgerichtet den Menschen, die zur Sicherstellung des sozioökonomischen Existenzminimums auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Das Ziel dieser sozialen Leistungen muss es auch sein, jedem eine neue Perspektive für ein eigenverantwortliches und unabhängiges Leben zu ermöglichen. Voraussetzung dafür ist, dass jeder Empfänger staatlicher Hilfen im Rahmen der ihm gegebenen Möglichkeiten selbst Verantwortung für seine Situation übernimmt. Auch eine dauerhafte staatliche Fürsorge darf nicht in eine dauerhafte staatliche Bevormundung münden. Wir wollen keine Abhängigkeiten, keine Entsolidarisierungen und auch keine sozialen Stigmatisierungen befördern, sondern ein würdevolles gesellschaftliches Miteinander ermöglichen.

14. Füge in Zeile 136 zwischen "[...] müssen." und "Für [...]" ein:

Die FDP setzt auch hier auf das Prinzip der Subsidiarität. Die Bildungseinrichtungen sollen dabei weitgehend eigene Verantwortung in Bezug auf die pädagogischen Konzepte, ihr Personal und die Einwerbung möglicher zusätzlicher Finanzmittel erhalten. Der Staat beschränkt sich dabei hauptsächlich auf die Vorgabe von Bildungszielen.

15. Füge in Zeile 161 zwischen "[...] Kommunikationstechnologien." und "Produktiver [...]" ein:

Die Aufforderung an Andersdenkende, die Partei zu verlassen, gehört dabei nicht zum akzeptierten Umgangston einer liberalen Partei.

16. Ersetze Zeile 164 ab "Eine FDP [...]" bis Zeile 165 einschließlich durch:

Die FDP darf sich nicht von einzelnen Gruppen und Interessenvertretern instrumentalisieren lassen, sondern muss die Prinzipien von Recht und Freiheit stets höher stellen als die Belange von Sonderinteressen. Sie muss in jeder Situation glaubwürdig für die Sache der Freiheit streiten – allein so kann sie das Vertrauen und den Rückhalt in der Bevölkerung wiedergewinnen, um eine starke politische Kraft zu sein. Ihr Platz im Parteiensystem ergibt sich aus der Notwendigkeit, sich der Aushöhlung von Bürgerrechten, Marktwirtschaft, Demokratie und Rechtsstaat entgegenzustellen und die Aufhebung von Freiheitsbeschränkungen voranzutreiben. Die FDP muss sich zu einer Partei von Menschen entwickeln, die konsequent liberale Grundsätze im tagespolitischen Geschäft anwenden und umzusetzen sucht, um ein dauerhaftes und glaubwürdiges Alleinstellungsmerkmal zu gewinnen.

Wir brauchen in Deutschland und Europa mehr Recht und Freiheit und mehr Entscheidungsbefugnisse für jeden von uns. Die Politik braucht nicht nur mehr Transparenz und Klarheit, sondern wirksame Grenzen. Sonst wird die Politisierung aller Lebensbereiche jeden einzelnen Menschen noch weiter entmündigen, als sie es bisher schon getan hat. Selbstbestimmung ist wichtiger als Fremdbestimmung – nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Begründungen: Erfolgen jeweils mündlich.